Windräder: Energiewende-Profiteure üben Druck auf Klimapolitiker aus

geschrieben von AR Göhring | 22. September 2019

Wir berichteten in den vergangenen Monaten mehrfach darüber, wie die realitätsfremden Klimaretter in Deutschland wertschöpfende Betriebe, zum Beispiel die Automobilindustrie, zu zerstören versuchen, während nutzlose oder gar schädliche Produzenten, die am freien Markt niemals überleben könnten, mit öffentlichen Mitteln künstlich aufgepumpt werden.

Ein Hauptakteur dieser wirtschafts-schädlichen Unternehmen ist die Windkraftindustrie, die zunehmend an der geographisch-physikalischen und an der rechtsstaatlichen Wirklichkeit Deutschlands scheitert – wir berichteten. 2019 ist ein Katastrophenjahr für die Subventions-Branche, weil die quasi sozialistische Windkraftindustrie nicht mehr genügend freie Flächen für den Bau ihrer Vogelschredder findet und zudem noch von Anwohnern und Naturschützern in Grund und Boden geklagt wird.

Deswegen haben die Lobbyisten Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten Daniel Günther (CDU) „aktiviert“, der nun mit Hilfe einer Bundesratsinitiative die Deckelung der errichtbaren Windkraftanlagen beseitigen will. Der Grund für die Begrenzung ist der Mangel an genügend großer Kapazität der Hochspannungsleitungen in den Süden. Die Lobby will zudem erreichen, daß mehr Flächen als Windrad-Anbaugebiet freigegeben werden. Vielleicht auch noch eine kleine Gesetzesänderung, damit die widerspenstigen Anwohner und Vogelschützer nicht mehr klagen können?

Der Präsident des Bundesverbands Windenergie, Hermann Albers, nach einem Termin bei Peter Altmaier im Wortlaut:

> „Die Branche ist auf dem Treffen in Berlin höflich geblieben, aber sie erwartet jetzt einen klaren Plan, wie der Markt von Mitte 2020 an – schneller wird es wohl nicht gehen – wieder wachsen kann.“

Es ist nicht zu fassen: Der Sprecher einer Industrie, die nichts Nützliches produziert und über Jahrzehnte vom Fiskus gepäppelt wurde, wagt sich, auch noch frech zu werden und von der Politik mehr oder minder offen zu verlangen, den Rechtsstaat weiter abzubauen und die Wohngebiete der Bürger zum Abschuß freizugeben. Wären da nicht ein paar Gesetze gegen Lobbyismus, statt gegen Bürger und Natur, sinnvoller?

Als Argument nennt Albers die angeblich 36.000 seit 2015 angeblich verloren gegangenen Arbeitsplätze in der Windradindustrie. Ob es stimmt oder nicht – Arbeitsplätze, die vom Steuerzahler mit weiß Gott wie viel Geld subventioniert werden müssen, braucht Deutschland nicht. Die

künstlich am Leben gehaltenen Jobs in der Steinkohleindustrie waren schon teuer, aber ein Witz gegen die Kosten der Windkraftanlagen. Und die Steinkohle konnte man wenigstens noch gewinnbringend verbrennen.

Ein weiteres Argument für die Verspargelung unserer Landschaft ist die angeblich leistungsfähige Elektrolyse zur Gewinnung von Wasserstoff. Je nach Quelle variiert die Angabe zum Wirkungsgrad von H_2-Brennzellen zwischen 10 und >20 %. Klassische Wärmekraftmaschinen wie Dieselmotoren kommen auf über 40%, was auch nicht gerade umwerfend ist. Und da sollen wir noch weniger akzeptieren – für was? Den Profit der Windkraftmilliardäre?

Zum Glück orientieren die Hersteller sich schon im Ausland und wollen abwandern. Man fragt sich nur, in welchem Land man ähnlich verrückt ist wie in Deutschland und sich den Horizont mit den Kruzifixen der *Church of Global Warming* vollstellen will. Wahrscheinlich Schweden.